



Gegen die

Klimakatastrophe

hilft nur

Außerparlamentarische

Opposition

In kaum einem Bereich ist die Kluft zwischen den Erkenntnissen der anerkannten ExpertInnen und der real umgesetzten Politik so groß wie beim Klimawandel. Das hängt mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zusammen. Hinzu kommt, dass die Medien den Herrschenden äußerst behilflich sind, wenn es darum geht, von der Systemfrage abzulenken. Denn der Raubbau an der Umwelt sichert riesige Profite. Aber diejenigen, die den kapitalistischen Profiteuren das Handwerk legen könnten, sind noch zu schwach und zu wenig organisiert. Wir meinen: Die einzige Chance, die Klimakatastrophe zu stoppen, ist der *Aufbau einer breiten außerparlamentarischen Opposition*, die sich nicht an den Vorgaben bürgerlicher Politik orientiert.



RSB Revolutionär Sozialistischer Bund / IV.Internationale

Die Marktwirtschaft hat keine Mittel, den Klimawandel zu stoppen!

Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank kommt in seinem viel zitierten Bericht für die Blair-Regierung zu dem Schluss: „Der Klimawandel bedeutet eine einzigartige Herausforderung für Volkswirtschaften: Er ist das größte und weittragendste Versagen des Marktes, das es je gegeben hat.“

Aber selbst Herr Stern wendet sich gegen jede Diskussion über die Systemfrage. Wie praktisch alle anderen bürgerlichen ExpertInnen steckt er damit in einem absoluten Dilemma: Stern weiß, dass es so nicht weitergehen kann, dass die Marktwirtschaft das Problem nicht bewältigen kann, sondern nur verschärft. Dennoch versucht er, die Frage auf die Notwendigkeit von Korrekturmaßnahmen innerhalb des Systems zu reduzieren.

Die Zeit drängt!

Das Verheerende an der Problematik ist, dass die Zeit drängt: Soll nach den Prognosen des Weltklimarats der UN (IPCC) der Temperaturanstieg wirklich auf 2 Grad begrenzt werden (wovon bekanntlich 0,74 Grad schon erreicht sind), dann muss nach Meinung der meisten ernst zu nehmenden WissenschaftlerInnen der CO₂-Ausstoß innerhalb der nächsten 20 – 30 Jahre weltweit *um mindestens 50% und in den Industriestaaten um 80 bis 90% reduziert werden*. Unter den Bedingungen kapitalistischer Politik nimmt der CO₂-Ausstoß aber weiterhin von Jahr zu Jahr zu, trotz all der Bekenntnisse etwa von Merkel und anderen imperialistischen G8-Regierungschefs und PolitikerInnen.

Eine Frage „des Menschen“?

Die gesamte Politik der kapitalistischen Regierungen ist darauf ausgerichtet, den Klimawandel als eine Frage individuellen Verhaltens darzustellen. Also nicht etwa als ein Problem, das durch die kapitalistische Wirtschaftsweise verschärft wird. Nur über die neoliberale Politik der Regierungen können angeblich die Mittel erwirtschaftet werden, die für die Reparaturmaßnahmen am System benötigt werden. Diese marktwirtschaftliche Politik läuft aber nur darauf hinaus, bei den BürgerInnen über höhere Preise und Steuern so viel abzukassieren, dass damit ein paar Alibi-Aktivitäten oder unbedeutende Schritte bezahlt werden können. Die Regelungen zu den neuen Auto-Abgasnormen, zur nicht verpflichtenden Wär-

medämmung bei Altbauten usw. sind tagtäglich Beleg dafür. Auch das vom Europäischen Gerichtshof befürwortete Recht, Aktionspläne gegen den Feinstaub gerichtlich einzufordern, ist auf das „Zumutbare“, also auf das im Kapitalismus Machbare begrenzt.

... eine Frage des Systems!

So lange es Kapital gibt, so lange werden seine BesitzerInnen versuchen, Kosten zu sparen und es maximal zu verwerten. Nach dem Motto: Nach mir die Sintflut. Einzelne KapitalistInnen können unter den Bedingungen der Konkurrenz überhaupt kein Interesse daran haben, die CO₂-Produktion zu verringern und klimafreundliche aber kostenintensive Produktionsverfahren anzuwenden. Zu den gesamtgesellschaftlichen Vorgaben, die zwingend erforderlich wären, ist keine bürgerliche Regierung bereit. Das wären: Gewaltige gesellschaftliche Investitionen in eine andere Raumordnungs-, Industrie- und Strukturpolitik. Das müsste zur Folge haben, dass es andere Produkte, andere Produktionsverfahren, andere Verkehrsträger, andere Industrieanstaltung, kleinere Einheiten, weniger Verkehr usw. gibt. Schon allein die gewaltigen Summen der erforderlichen Investitionen

für klimaschonende Produktion, Energieerzeugung und Verkehr sind von Einzelkapitalien nicht aufzubringen und sie sind auch nur gesamtgesellschaftlich planbar. Ein kapitalistischer Ausweg aus der drohenden Klimakatastrophe scheitert an dem grundlegenden Widerspruch zwischen *einzelbetrieblicher* und *gesamtgesellschaftlicher* Rationalität. ■



Befreiung von der Herrschaft des Kapitals als Voraussetzung für Klimaschutz.

Welche Alternativen zur herrschenden Politik?

Bleiben die Besitz- und Produktionsverhältnisse so wie sie sind, dann wird sich nach Berechnungen des DIW (2005) in 25 Jahren weltweit der CO₂-Ausstoß um 50% erhöhen und zwar auf 40 Mrd.

Tonnen im Jahr. Ein radikales Umsteuern, also die von den WissenschaftlerInnen des IPCC geforderte Reduktion des CO₂-Ausstoßes um mindestens 50%, ist unter den Bedingungen der Kapitalverwertung nicht möglich.

Die anarchische Produktionsweise des Kapitalismus beinhaltet, dass über die Aspekte von Energie, Infrastruktur, Verkehr und Produktion nur die einzelbetrieblichen Profite, niemals aber die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen entscheiden. Nehmen wir nur die Beispiele:

■ Im Energiesektor

Hier müsste ein massives Programm des Energiesparens und der Förderung alternativer Energien durchgesetzt, die Kraft-Wärme-Kopplung flächendeckend eingeführt werden. Mindest-Effizienzstandards für alle energieabhängigen oder energieerzeugenden Geräte müssten jeweils auf dem technisch höchsten Stand vorgeschrieben werden usw. Ebenso muss klar sein, dass die Kernkraft wegen ihrer Unbeherrschbarkeit (Restrisiko, keine Endlagerung möglich, Unfallgefahr) sofort vom Netz muss.

■ In der Infrastrukturpolitik

Es müsste sofort eine gesamtgesellschaftliche Infrastrukturpolitik umgesetzt werden, die die zentralisierte Produktion und die damit verbundenen weltweiten Transporte von Einzelteilen und fertigen Produkten überflüssig macht. So werden etwa in der Maschinenproduktion die Komponenten wie die fertigen Produkte insgesamt mehrfach um den Erdball transportiert, bevor sie die KonsumentInnen erreichen. Auch die Wege zur Arbeit werden

immer länger, statt die Arbeit dort anzusiedeln, wo die Menschen wohnen. All diese Maßnahmen müssen gegen das Kapital durchgesetzt werden. Die Enteignung des Kapitals ist letztlich die Voraussetzung, um hier überhaupt nennenswert wirksame Schritte einleiten zu können.

■ Im Verkehrssektor

Wenn weiter die kapitalistische Politik zum Tragen kommt, dann wird es im Jahr 2050 eine Milliarde PKW geben. Auch das möchte-gerne-Klimaschutzland BRD steigert von Jahr zu Jahr seinen Bestand – und das durch den Verkehrssektor erzeugte CO₂. 2000 gab es in Deutschland 51,3 Mio. Autos, 2006 waren es schon 54,9 Mio. Im Kapitalismus ist eine Abkehr von dieser Entwicklung schlechterdings nicht vorstellbar, schließlich entfallen 60% der addierten Umsätze der 100 größten Konzerne der Welt auf die Öl-Wirtschaft (inkl. Automobilkonzerne usw.). Ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz ist nur zu erreichen über:

- die vollständige Absage an die Autogesellschaft und über den gleichzeitigen massiven Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dieser muss zum Nulltarif angeboten werden und alle Stadteile und Regionen in kurzen Taktzeiten bedienen. Vor allem müssen das Straßenbahnwesen revitalisiert, Fuß- und Radwege ausgebaut werden usw. Dies wird für lebenswertere Städte sorgen,
- eine Struktur- und Raumordnungspolitik, die durch die geplante Ansiedlung von Arbeitsplätzen, Dienstleistungszentren, Geschäften usw. für eine dramatische Reduzierung des Verkehrs sorgt,
- die Verhinderung der Privatisierung der *Deutschen Bahn*, durch die sie ausgedünnt wird. Die Bahn muss in öffentlicher Hand und unter Kontrolle der dort Beschäftigten und der NutzerInnen ausgebaut werden,
- die dramatische Einschränkung des Flugverkehrs. Die Steuerbefreiung des Kerosins muss sofort aufgehoben und Kurzstreckenflüge unter 1000 km müssen verboten werden. Die Raumfahrt ist ebenso überflüssig wie die Rüstungsproduktion.



Im Kapitalismus entscheiden einzelbetriebliche Profite – niemals die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse.

Welche Bewegung?

Um die Klimakatastrophe stoppen zu können, brauchen wir eine sehr breite außerparlamentarische Bewegung, die zwei wesentliche Bedingungen erfüllt:

- Sie darf sich nicht an den ideologischen Vorgaben des Kapitalismus orientieren, sondern ausschließlich an den rationalen Maßstäben einer bedürfnisorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
- Sie muss die ArbeiterInnen und Angestellten für diese Ziele gewinnen. Es braucht vor allem die aktive Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen in den Industriebetrieben, aber auch in den Verwaltungen und Dienstleistungsunternehmen, denn nur sie können durch ihre Möglichkeiten des Streiks (Lahmlegung der Produktion, des Verkehrs usw.) die Herrschenden in die Knie zwingen.

Zum Aufbau einer so breiten Bewegung müssen wir Schwerpunkte finden, die uns bei der Bündelung unserer noch schwachen Kräfte die Möglichkeit geben, nicht nur Sichtwirkung, sondern auch erste Teilerfolge zu erzielen. Das könnte beispielsweise bei einem systematischen Kampf um den Ausbau und die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs geschehen. Denn aufgrund der aktuellen Auseinandersetzung um die Einhaltung der Grenzwerte für den Feinstaub wie auch aufgrund des aktuellen Problems der Teuerung ist dies eine der ersten und wirksamsten Sofortmaßnahmen und wird sicherlich auch in breiten Bevölkerungsteilen verstanden und unterstützt. ■

Was will und was ist der RSB

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Kontakt und Info:

RSB Bundesbüro, Postfach 102610, 68026 Mannheim
Telefon/Fax: +49(0)621.15 64 046
E-Mail: buero@rsb4.de

Ich möchte:

- └ das kostenlose Infopaket des RSB bestellen.
- └ den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- └ mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- └ ein kostenloses Probeabo der Avanti, die Zeitung des RSB, für 3 Monate bestellen.

Name

Adresse

E-Mail/Telefon



RSB Revolutionär Sozialistischer Bund / IV.Internationale

Urlaubsfotos aus Sylt?



Klimawandel und Umweltzerstörung: Zwangsläufige Folge des Kapitalismus

In der Debatte über den Klimawandel fehlt jede Diskussion über die Systemfrage. In den Beiträgen des neuen RSB-Heftes gehen wir über diese Denkbarriere hinaus und machen deutlich, dass ohne das Stellen der Systemfrage keine praktikablen Antworten auf die drängenden Probleme des Klimawandels und der Umweltzerstörung gefunden und umgesetzt werden können.

2,50 Euro, 52 Seiten

Zu bestellen unter:
RSB/IV.Internationale, Postfach
102610, 68026 Mannheim oder
unter: www.rsb4.de

Mehr Infos unter www.rsb4.de